

Zusammenfassung der Resolutionen und Erklärungen der Zehnten LWB- Vollversammlung

Angenommene Resolutionen	3
Konflikt in Liberia	3
Vorbeugung und Behandlung von Malaria	4
Bildung für den christlichen Auftrag	5
Ausgrenzungsproblematik	6
Indigene Völker	6
„Gender Mainstreaming“ und Frauenordination	6
Kirchenpartnerschaften	7
„Kirchen sagen ‚Nein‘ zur Gewalt gegen Frauen“	7
Handels- und Entwicklungspolitik / Internationale Verschuldung / Soziale Verantwortung	8
Diakonie	9
Einhaltung der Richtlinien und Prinzipien des LWB	10
„Environmental Guidelines for Program Implementation“ und „Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung“	11
Entwicklung eines Aktionsplans zum Thema Wasser	11
Namenserweiterung des LWB	12
Lage im Nahen Osten	12
Erklärungen	14
Öffentliche Erklärung zu illegitimen Schulden	14
Öffentliche Erklärung der Besorgnis über das unilaterale internationale Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika	15
Öffentliche Erklärung zu den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Kyoto- Protokoll	17

Öffentliche Erklärung zu Israel-Palästina	18
Öffentliche Erklärung zum Ausschluss von VollversammlungsteilnehmerInnen	19
Sonstige Beschlüsse	21
Botschaft der indigenen Völker	21
Vertretung von Frauen und Männern	22
Regionale Unterteilung Europas	23
Jugendbeteiligung	23
Berichte der Dorfgruppen	23
Prioritäten	24
Elfte Vollversammlung	24
Verpflichtungen der Zehnten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes	24

Hinweis

An den Rat verwiesene Empfehlungen sind nicht Bestandteil dieser Zusammenfassung. Bitte fordern Sie hierzu eine Druckausgabe des Offiziellen Berichts der Zehnten LWB-Vollversammlung „Zur Heilung der Welt“ an bei:

Lutherischer Weltbund

Büro für Kommunikationsdienste
Postfach 2100
1211 Genf 2
Schweiz

Fax: +41/22-791 66 30

E-Mail: jbn@lutheranworld.org

Angenommene Resolutionen

Konflikt in Liberia

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zum Konflikt in Liberia anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Zehnte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB), die in Winnipeg (Kanada) tagt, haben die Berichte über den Konflikt in Liberia, das Leiden der dortigen Bevölkerung, das Zeugnis der Lutherischen Kirche in Liberia (LKL) und ihrer ökumenischen und interreligiösen PartnerInnen inmitten der Gewalt sowie die bisher nicht erfolgte angemessene und sinnvolle Reaktion der internationalen Gemeinschaft tief bewegt.

Bischof Sumoward Harris und Comfort Freeman von der LKL haben vor uns Zeugnis abgelegt und uns in eindringlicher Weise die Schreie ihrer Gemeinschaft und Kirche nahe gebracht.

Die Vollversammlung

hat diese Schreie gehört und ist vom Vollversammlungsthema „Zur Heilung der Welt“ bewegt, daher

- erklärt sie ihre tief empfundene Gemeinschaft in Christus mit der Leitung und den Mitgliedern der Lutherischen Kirche in Liberia sowie ihre Unterstützung der LKL bei deren Bemühen, treue Zeugin des heilenden Wortes des Evangeliums inmitten von Gewalt, Blutvergiessen und internationaler Gleichgültigkeit gegenüber entsetzlichem menschlichem Leid zu sein, und sie fordert den Generalsekretär auf, der LKL in einem Schreiben die Haltung der Vollversammlung zu übermitteln;*
- bringt sie ihre Sorge um die leidende Bevölkerung Liberias, und insbesondere die Schwächsten und Schutzlosesten, durch die LKL zum Ausdruck;*
- würdigt sie die Führungsrolle, die liberianische Frauen bei der Friedensarbeit im Rahmen des „Women in Peace-building Network“ (WIPNET), übernommen haben, und unterstützt dieses Engagement in vollem Umfang;*

- *ermutigt sie alle LWB-Mitgliedskirchen, der Bevölkerung und der Kirchen Liberias im Gebet zu gedenken;*
- *appelliert sie an alle Konfliktparteien, die Waffengewalt zu beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen, die Rekrutierung und den Einsatz von KindersoldatInnen zu stoppen und über eine friedliche Lösung des Konflikts zu verhandeln;*
- *fordert sie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) dringend auf, umgehend ein Mandat zur Entsendung einer multilateralen Stabilisierungstruppe zu beschliessen, die die kriegführenden Parteien trennt, die Zivilbevölkerung schützt und alle bewaffneten Einheiten entwaffnet und demobilisiert;*
- *ruft sie diejenigen Mitgliedsstaaten der VN, die die entsprechenden Möglichkeiten haben, dazu auf, angemessene Militäreinheiten und Ausrüstung zu dieser Stabilisierungstruppe beizutragen;*
- *unterstützt sie die Anstrengungen der MitarbeiterInnen des LWB in Liberia, die weiterhin nach Möglichkeiten suchen, um in einer unerhört schwierigen und gefährlichen Situation menschliches Leiden zu lindern;*
- *fordert sie die Staatengemeinschaft dringend auf, Anstrengungen in den Bereichen humanitäre Hilfe und Wiederaufbau in Liberia zu unterstützen und daran mitzuwirken, einschliesslich eines längerfristigen Engagements für Demokratisierung, Frieden und Staatsaufbau in Liberia und*
- *fordert sie den Generalsekretär auf, alle angemessenen Schritte zu unternehmen, um die Besorgnis der Vollversammlung im Blick auf die Bevölkerung Liberias zu artikulieren und ihr praktisch Ausdruck zu verleihen.*

Vorbeugung und Behandlung von Malaria

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution anzunehmen, die die Mitgliedskirchen des LWB aufruft, sich in einen Prozess der Heilung einzubringen und auf internationaler Ebene alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen,

um die Forschung zu Vorbeugung und Behandlung von Malaria zu fördern.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Grosse, aber bei weitem nicht ausreichende Summen Geldes werden in Labors zur Erforschung von HIV/AIDS eingesetzt, einer Krankheit, die Frauen und Männer im Süden wie im Norden betrifft. Die Vollversammlung unterstützt die Bemühungen, diese verheerende Krankheit zu bekämpfen.

Die weltweit häufigste Todesursache – mit noch schwerwiegenderen Folgen – ist jedoch die Malaria. Niemand spricht darüber, weil sie nur im Süden Kinder, Frauen und Männer tötet.

Die Vollversammlung

ruft daher die Mitgliedskirchen des LWB auf, sich in einen Prozess der Heilung einzubringen und auf internationaler Ebene die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Forschung zu Vorbeugung und Behandlung von Malaria zu fördern.

Bildung für den christlichen Auftrag

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution über Bildung für den christlichen Auftrag anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung fordert den LWB auf, im Rahmen seiner Personal- und Ausbildungsförderung

- a) in Seminaren und kirchlichen Einrichtungen formelle und nichtformelle Bildungsprogramme im Bereich der klinischen Seelsorge zu initiieren und*
- b) den im Gesundheitswesen Tätigen und anderen, die mit Heilung zu tun haben, Gelegenheiten zu eröffnen, sich mit dem ganzheitlichen Heilungsverständnis vertraut zu machen.*

Ausgrenzungsproblematik

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zur Ausgrenzungsproblematik anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung empfiehlt im Wissen um Gottes Ruf an die Kirche, sich allen Menschen zuzuwenden, dass der LWB einen Aktionsplan gegen die Stigmatisierung und den Ausschluss spezifischer Personengruppen – wie Frauen, Jugendliche, Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen, HIV/AIDS-Infizierte, Menschen ohne finanzielle Ressourcen und Menschen, die auf Grund ethnischer Herkunft oder Kaste diskriminiert werden – in Erwägung ziehen und aufstellen möge.

Indigene Völker

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zu den indigenen Völkern in der abgeänderten Fassung anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung fordert den LWB auf, in den kommenden Jahren ein spezielles Programm für indigene Völker zu initiieren, das, mit Hilfe regionaler und internationaler Konsultationen und Austauschprogramme, den Aufbau von Netzwerken fördert. Weiterhin sind theologische Studienprozesse zur Thematik von Evangelium, Kultur und indigenen Formen der Spiritualität einzuleiten. All dies sollte so weit wie möglich in Zusammenarbeit mit anderen konfessionellen Weltorganisationen und dem Ökumenischen Rat der Kirchen erfolgen. Weiterhin sind der LWB und seine Mitgliedskirchen aufgefordert, auf der nationalen, regionalen und internationalen Ebene einen Prozess zu unterstützen, der auf den Schutz der Menschenrechte indigener Völker, einschliesslich der Landrechte, abzielt.

„Gender Mainstreaming“ und Frauenordination

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zu „Gender Mainstreaming“ und Frauenordination anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung fordert den LWB und seine Mitgliedskirchen auf, eine theologische Studie durchzuführen, die der Frage nachgeht, wie Barrieren überwunden werden können, die dem „Gender Mainstreaming“, (Gleichstellung der Geschlechter) sowie der Frauenordination (in Ländern, in denen Frauen nicht ordiniert werden) im Wege stehen.

Kirchenpartnerschaften

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zu Kirchenpartnerschaften anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung fordert die Gemeinschaft des LWB auf, für Kirchenpartnerschaften zwischen Regionen einzutreten, um die gegenseitige Unterstützung sowohl im materiellen wie personellen Bereich zu fördern.

„Kirchen sagen ‚Nein‘ zur Gewalt gegen Frauen“

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zu „Kirchen sagen ‚Nein‘ zur Gewalt gegen Frauen“ anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung würdigt dankbar die Handreichung „Kirchen sagen ‚Nein‘ zur Gewalt gegen Frauen“ und fordert den LWB nachdrücklich auf, weiterhin

- a) für diese Handreichung zu werben,*
- b) die Mitgliedskirchen zu ermutigen, diese Handreichung zu nutzen, und*
- c) dazu anzuregen, dass diese Handreichung allen Ortskirchen in ihren jeweiligen Sprachen zugänglich gemacht wird.*

Handels- und Entwicklungspolitik / Internationale Verschuldung / Soziale Verantwortung

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zur Handels- und Entwicklungspolitik/der internationalen Verschuldung/der sozialen Verantwortung von Unternehmen in abgeänderter Fassung anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung bittet den LWB und die Mitgliedskirchen, folgende Fragen als Priorität aufzunehmen:

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Eintreten für eine Handels- und Entwicklungspolitik, die das Ziel verfolgt, das Wohl der Menschen zu fördern, wie es in den internationalen Menschenrechtsinstrumenten rechtlichen Ausdruck findet. Dazu kann Folgendes gehören:

dass der LWB unter Beteiligung von Mitgliedskirchen, Gruppen und Einzelpersonen eine internationale Kampagne in die Wege leitet, um den Zugang zu globalen öffentlichen Gütern (z. B. grundlegende Güter und Dienstleistungen) fördert. Insbesondere sollte der LWB im Blick auf die Welthandelsorganisation eine Handels- und Entwicklungspolitik fördern, die für alle Menschen den Zugang zu sauberem Wasser, angemessener Ernährung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung einschliesslich Medikamenten und Grundbildung sicherstellt. Der LWB sollte die Kirchen dazu ermutigen, internationale Finanzinstitutionen, Regierungen und Unternehmen im Blick auf die Achtung dieser grundlegenden Menschenrechte in die Verantwortung nehmen.

dass der LWB sich gegen eine Kommerzialisierung und Vermarktung von Wasser und anderen lebensnotwendigen Grundgütern einsetzt,

dass der LWB Regierungen und Finanzinstitutionen dazu anregt, gerechtere Handelsbestimmungen und Bewegungen für fairen Handel zu unterstützen,

dass der LWB sich mit den Auswirkungen der liberalisierten Kapital- und Devisenströme im Bewusstsein für die Notwendigkeit von Regulierungs- und Kontrollmechanismen auseinandersetzt, einschliesslich der Frage einer Besteuerung von Devisentransaktionen, und

dass der LWB, in Verbindung mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem Globalen Ökumenischen Aktionsbündnis, seine Kampagne fortführt, Aktionen zu unterstützen und sich bei Regierungen dafür einzusetzen, dass Menschen, die mit HIV/AIDS und anderen Krankheiten leben, Zugang zu Behandlung, Medikamenten und öffentlichen Gesundheitsprogrammen bekommen, insbesondere im Zusammenhang mit Aspekten der handelsbezogenen Rechte des geistigen Eigentums (Trade Related Intellectual Property Rights – TRIPS), Handelsbestimmungen und der Verantwortung der Regierungen, diese zu gewährleisten.

INTERNATIONALE VERSCHULDUNG

fortgesetztes Eintreten für die Entschuldung hochverschuldeter armer Länder,

Ansprechen der Frage nach dem Anteil illegitimer/sittenwidriger (odious) Schulden, Unterstützung derjenigen Opfer und ihrer Anwälte, die bei nationalen Gerichten und beim Internationalen Gerichtshof Entschädigungsprozesse führen und Aufforderung der Regierungen, bilateral wie multilateral illegitime Schulden zu erlassen,

Unterstützung der Entwicklung eines unabhängigen Schlichtungsmechanismus für Länder der mittleren Einkommensgruppe,

Beobachtung der Schuldenkrise in den einzelnen Ländern und weltweit sowie Förderung der Vernetzung und des miteinander Teilens von Ressourcen.

SOZIALE VERANTWORTUNG VON UNTERNEHMEN

verstärktes und umfassenderes Eintreten für mehr Rechenschaftspflicht sowie soziale Verantwortung von Unternehmen,

Unterstützung von Bemühungen zur Beseitigung von Korruption und zur Schaffung grösserer Transparenz.

Diakonie

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zur Diakonie als Priorität innerhalb des LWB anzunehmen, da sie eine Reihe der im ersten Entwurf der Botschaft enthaltenen Gedanken im Einzelnen entfaltet (Absatz 25 und 45).

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

DIAKONIE ALS PRIORITÄT INNERHALB DES LWB

Das Thema der Zehnten LWB-Vollversammlung in Winnipeg 2003 „Zur Heilung der Welt“ stellt einen passenden Ansatzpunkt dar für vertiefte Überlegungen über die Rolle der Diakonie innerhalb der lutherischen Kirchengemeinschaft. Dieser Schritt wurde bereits vorbereitet

- durch die weltweite Konsultation über „Prophetische Diakonie“ (Johannesburg, November 2002) und*
- durch ein geplantes Studienprojekt der ATS zum diakonischen Amt.*

Vor diesem Hintergrund fordert die Vollversammlung den Lutherischen Weltbund (LWB) auf, ein koordiniertes Studienprogramm über „die Rolle der Diakonie als integraler Bestandteil der lutherischen Gemeinschaft“ in die Wege zu leiten. Diese Studie sollte sich auch mit der

Thematik der diakonischen Arbeit von Laien innerhalb und ausserhalb organisierter kirchlicher Strukturen befassen.

In ihrem jeweiligen Kontext sollten lutherische Kirchen die Begleitung marginalisierter Einzelner wie auch Gruppen üben. Angesichts der fortdauernden Armut in grossen Teilen der Welt und im Lichte der mit übertriebenem Individualismus verbundenen spirituellen Armut in anderen Teilen der Welt stehen die Kirchen heute vor vielen und mannigfaltigen diakonischen Aufgaben.

Aus theologischer Sicht müssen wir die lutherische Verpflichtung auf das Priestertum aller Gläubigen neu beleuchten. Welche Beziehung besteht zwischen Mission und Diakonie? Was bedeutet die Botschaft von Gottes bedingungsloser Rechtfertigung sündigender Menschen für diejenigen, die sich schämen, arm oder machtlos zu sein, an ansteckenden Krankheiten zu leiden oder gebrandmarkt zu werden als diejenigen, die dem heutigen Standard der Leistung und des Erfolgs nicht entsprechen?

Aus ekklesiologischer Sicht sollten wir denjenigen Laienmitgliedern der Kirche Gehör und Anerkennung schenken, die durch Gastfreundschaft und Besuchsdienste, durch das Zuhören und Helfen zum Leben der Kirche oder durch Musik und bildende Kunst zur Schönheit der Welt beitragen. Mangelnde theologische Reflexion über die Werke der Liebe und Schönheit spiegelt mitunter eine kirchliche Situation wider, in der manchmal nur die Ordination kirchlicher AmtsträgerInnen als wichtig für den Aufbau der Kirche erachtet wird.

Einhaltung der Richtlinien und Prinzipien des LWB

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: **die Resolution über die Einhaltung der Richtlinien und Prinzipien des LWB anzunehmen.**

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung

besteht darauf, dass alle vom LWB unterstützten Projekte und Programme die „Environmental Guidelines for Program Implementation“ und die „Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung“ einhalten.

„Environmental Guidelines for Program Implementation“ und „Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung“

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution über „Environmental Guidelines for Program Implementation“ und die „Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung“ abzuändern.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene abgeänderte Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung

besteht darauf, dass alle vom LWB unterstützten Projekte und Programme die „Environmental Guidelines for Program Implementation“ und die „Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung“ einhalten und

fordert den LWB auf, durch Unterstützung von Institutionen, die dafür kämpfen, der Schädigung der Umwelt Einhalt zu gebieten, auf das weltweite Leiden der Umwelt zu reagieren.

Entwicklung eines Aktionsplans zum Thema Wasser

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution über die Entwicklung eines Aktionsplans zum Thema Wasser anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung

fordert zur Entwicklung eines Aktionsplans des LWB zum Thema Wasser, einschliesslich einer Mobilisierung zur Beschaffung von finanziellen Mitteln auf, um hervorzuheben,

- a) *wie lebensnotwendig Wasser für jeden Menschen und für die ganze Schöpfung ist und*
- b) *welche Problematik sich ergibt im Blick auf die gerechte, erschwingliche Verteilung sowie die Privatisierung von Wasser, die im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung immer stärker stattfindet,*

fordert den LWB auf, exegetisches und theologisches Material als Diskussionsgrundlage zu erarbeiten, um bei Mitgliedskirchen, Gemeinden und Gemeinwesen eine Änderung der Perspektive von einer anthropozentrisch-egozentrischen Haltung hin zu einem ganzheitlich ökozentrischen Modell des Verständnisses der Schöpfung, die alle Menschen als Teil der Schöpfung einschliesst, zu erreichen.

Namenserweiterung des LWB

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zur Namenserweiterung des LWB anzunehmen.

Es folgt der Text der Resolution:

Die Vollversammlung

nimmt in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Rates vom September 2002 eine Erweiterung des Namens des LWB an, so dass der volle Name in Zukunft „Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft“ lautet, wobei auch der gegenwärtige Name ohne den neuen Zusatz Gültigkeit behält, wenn der volle Name aus praktischen Gründen zu lang ist, und LWB das allgemein verwendete Akronym bleibt.

Lage im Nahen Osten

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Resolution zur Lage im Nahen Osten in der abgeänderten Fassung anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Resolution:

Die Vollversammlung

- *bringt ihre Solidarität mit den Kirchen und der Bevölkerung des Irak zum Ausdruck,*
- *bekräftigt das international anerkannte Recht der Staaten auf Selbstbestimmung und das Recht des irakischen Volkes auf eine demokratische Regierung,*
- *bestätigt die Aufgabe der Kirchen, auf lokaler Ebene als Brückenbauerinnen zu fungieren und Initiativen zum interreligiösen Dialog zu ergreifen,*

- *erklärt, dass der Krieg im Irak einmal mehr gezeigt hat, dass der Nahe Osten keinen Bedarf an weiteren Waffen hat – egal, ob sie lokal entwickelt oder durch Waffenkäufe beschafft werden, ob es sich um konventionelle oder andere Waffen handelt – sondern dass er vielmehr der Gerechtigkeit bedarf,*
- *bekräftigt, dass die internationale Gemeinschaft sich gegen die erschreckende Verbreitung von Waffen in der ganzen Region einsetzen muss, und fordert die Mitgliedskirchen und den Rat auf, sich für die Vernichtung dieser Waffen einzusetzen.*

Erklärungen

Öffentliche Erklärung zu illegitimen Schulden

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Öffentliche Erklärung zu illegitimen Schulden anzunehmen und sie den LWB-Mitgliedskirchen sowie den internationalen Finanzinstitutionen zuzusenden.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Öffentlichen Erklärung:

ILLEGITIME SCHULDEN

Als die lutherische Gemeinschaft vor 13 Jahren in Curitiba zusammenkam, erklärte sie, dass die Kirchen „nach Lösungen der Schuldenkrise ... suchen [sollten], die den benachteiligten Teilen der Welt so viel Zerstörung bringt“.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die VertreterInnen aus der weltweiten lutherischen Gemeinschaft in Winnipeg tagen, hat die Schuldenlast noch zugenommen und ist heute ein Haupthindernis für die Überwindung der Armut und die Verwirklichung der Grundrechte aller Menschen.

Seit Curitiba hat die internationale Gemeinschaft, unter anderem als Ergebnis der weltweiten Mobilisierung im Rahmen der Kampagne Erlassjahr 2000/Jubilee South, die Notwendigkeit akzeptiert, die Schuldenlast zu verringern. Doch die ergriffenen Massnahmen sind finanziell unzureichend.

Nach unserer Einschätzung kann die gegenwärtige finanzielle Auslandsverschuldung nur in Beziehung zur historischen Ausbeutung durch den Kolonialismus verstanden werden. Die Auslandsverschuldung ist in der Tat zu einem modernen Instrument der Beherrschung geworden.

Darüber hinaus haben Untersuchungen ergeben, dass ein wesentlicher Anteil der Auslandsverschuldung in Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und der Karibik illegitim ist. Illegitimen und undemokratischen Regierungen wurden bereitwillig Kredite angeboten, die diese dann auch aufnahmen. In vielen Fällen wurden die geliehenen Gelder durch illegitime wie legitime Regierungen missbraucht oder umgelenkt. Nur ein geringer Teil davon wurde tatsächlich in soziale Entwicklung investiert.

Internationale Finanzinstitutionen (IFIs), die von den mächtigen Nationen der Welt beherrscht werden, haben wissentlich und sogar aktiv diese unverantwortlichen Kreditvergaben an illegitime bzw. korrupte Regierungen gefördert. Selbst wenn die finanziellen Mittel rechtmässig verwendet wurden, wurden die unterstützten Projekte und Programme häufig nicht dem Bedarf an sozialer Entwicklung gerecht. Die IFIs und die mächtigen Nationen der Welt müssen die Verantwortung übernehmen für die schlechte

Politik, die schlechten Entscheidungen und Vorgehensweisen, die zur gegenwärtigen Schuldenkrise geführt haben.

Entsprechend dieser Einschätzung fordert der LWB

- *die IFIs auf, zu akzeptieren, dass ein Teil der Schulden illegitim oder sittenwidrig (odious) ist. Diese Schulden liegen in der Verantwortung der Gläubiger und müssen erlassen werden,*
- *die Mitgliedskirchen in den Industrieländern auf, bei ihren Regierungen darauf zu drängen, dass diese sich für den Erlass illegitimer oder sittenwidriger Schulden einsetzen,*
- *die Mitgliedskirchen in den Schuldnerländern auf, unter Einsatz der von der Zivilgesellschaft entwickelten Mechanismen aktiv an der Prüfung der Schulden auf ihre sozialen Auswirkungen sowie an der Budgetkontrolle mitzuwirken,*
- *die Mitgliedskirchen auf, Initiativen zu unterstützen, die an nationalen und/oder internationalen Gerichtshöfen gegen Personen und Institutionen klagen, die an kriminellen oder illegalen Handlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Krediten und der Verwendung der entsprechenden Gelder beteiligt sind/waren,*
- *die Mitgliedskirchen auf, Handelsbanken, die in die illegitime Vergabe von Krediten verwickelt sind oder waren, zu ermahnen, Verantwortung zu übernehmen und ihre Ansprüche aufzugeben.*

Weiterhin stellt die Vollversammlung fest, dass es dringend notwendig ist, auf internationaler Ebene Mechanismen zu entwickeln, um Möglichkeiten eines auf Gerechtigkeit ausgerichteten Schuldenmanagements zu finden. Ein solcher Mechanismus sollte eine volle und aktive Beteiligung der Schuldnerländer gewährleisten und dafür sorgen, dass die Gläubiger ihrer Verantwortung gerecht werden.

Öffentliche Erklärung der Besorgnis über das unilaterale internationale Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Öffentliche Erklärung der Besorgnis über das unilaterale internationale Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Öffentlichen Erklärung:

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG DER BESORGNIS ÜBER DAS UNILATERALE INTERNATIONALE VORGEHEN DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Im Bewusstsein der Bedeutung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen für die Heilung der Welt bringt die Vollversammlung ihre tiefe Besorgnis über die Ausrichtung des Vorgehens der US-Regierung in verschiedenen Bereichen zum Ausdruck.

Sie stellt eine Tendenz zur Abwendung von multilateralen Diskussionen und verantwortlichem Engagement im Rahmen des Völkerrechts hin zu einem unilateralen Vorgehen fest. Zu den jüngsten Beispielen dafür gehören:

- *die Weigerung, das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen zu ratifizieren,*
- *die Weigerung, das (Osloer) Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Anti-Personenminen und über deren Vernichtung zu ratifizieren,*
- *die Weigerung, das Römische Statut zur Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren,*
- *die Weigerung, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu ratifizieren,*
- *die Weigerung, das Übereinkommen über die Rechte des Kindes zu ratifizieren,*
- *die Knüpfung der Unterstützung von HIV/AIDS-Programmen in stark betroffenen Ländern an die Bedingung der Akzeptanz genetisch veränderter Organismen,*
- *das völkerrechtswidrige Festhalten von Gefangenen in Guantanamo und – nicht zuletzt – die Annahme der Doktrin eines „Präventivkriegs“.*

Die Vollversammlung fordert die Vereinigten Staaten auf, die international anerkannten Menschenrechte und das Völkerrecht zu achten. Im Bewusstsein der Bedrohung durch Terrorakte bekräftigt die Vollversammlung internationale politische Grundsätze, die sich durch internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit um die Sicherheit der Menschen bemühen.

Die Vollversammlung fordert die Regierung der Vereinigten Staaten insbesondere auf, das Völkerrecht und die Vereinten Nationen wahrhaft anzuerkennen als die legitime internationale Struktur und Organisation, in deren Rahmen einer Bedrohung des Friedens, der Sicherheit und des Überlebens der gesamten Menschheitsfamilie zu begegnen ist.

Die Vollversammlung fordert daher die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich auf, sich das Völkerrecht zu eigen zu machen und die obigen internationalen Übereinkommen zu ratifizieren.

Öffentliche Erklärung zu den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Kyoto-Protokoll

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Öffentliche Erklärung zu den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Kyoto-Protokoll anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Öffentlichen Erklärung:

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND DEM KYOTO-PROTOKOLL

Überall auf der Welt leiden Menschen infolge des Klimawandels unter Dürre, Stürmen, Überschwemmungen usw. Auch Ökosysteme mit den in ihnen lebenden Arten sind durch diese Veränderungen gefährdet. Diese Auswirkungen nehmen gegenwärtig zu und müssen konsequent und umgehend bekämpft werden.

Der Lutherische Weltbund setzt sich für die Bewahrung der Schöpfung und die Linderung menschlicher Not ein (Verfassung des LWB, III. Wesen und Aufgaben). Der Klimawandel ist eine Frage, bei der es um die Achtung und Bewahrung der Schöpfung sowie um globale Gerechtigkeit und Solidarität geht.

Das Kyoto-Protokoll ist ein Dokument, das von den Vereinten Nationen und ihren Mitgliedsstaaten ausgearbeitet wurde. 1997 kamen VertreterInnen von mehr als 160 Ländern in Kyoto zusammen, um die Arbeit am Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen von 1992 fortzusetzen. Das Kyoto-Protokoll war das Ergebnis dieser Tagung. In ihm verpflichten sich die Staaten zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Kohlendioxid ist eines der am weitesten verbreiteten Treibhausgase. Diese Gase verursachen den Treibhauseffekt auf unserem Planeten und bewirken ein Ansteigen der Temperatur weltweit. Dies wiederum wird zu einem Ansteigen bzw. Sinken der Niederschlagsmengen in verschiedenen Gebieten führen, schwere Stürme werden zunehmen und es drohen Verschiebungen von Ozeanströmungen. Diese Entwicklungen haben selbstverständlich Auswirkungen auf die Natur wie auch auf die Menschheit.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind weltweit einer der grössten Verursacher von Kohlendioxidemissionen.

Die Vollversammlung

ruft daher die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren und ernsthaft an einer Reduzierung des Kohlendioxidausstosses zu arbeiten.

Öffentliche Erklärung zu Israel-Palästina

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Öffentliche Erklärung zu Israel-Palästina in der abgeänderten Fassung anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Öffentlichen Erklärung:

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG ZU ISRAEL-PALÄSTINA

Die Zehnte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes weist darauf hin, dass der LWB sich bei zahlreichen Anlässen zur Lage in Israel-Palästina geäußert und Beschlüsse gefasst hat. Sie spricht dem Rat ihre Anerkennung für die Resolutionen aus, die dieser seit der Neunten Vollversammlung zu dieser Frage angenommen hat.

Die Vollversammlung bestärkt die Kirchen, die internationale Gemeinschaft und alle Menschen guten Willens in ihren Bemühungen um die Herstellung eines gerechten Friedens in Palästina und Israel. Sie verurteilt Besetzung, Gewalt, politischen und religiösen Extremismus sowie jedwede Verletzung der Menschenrechte, die diese Vision in ihr Gegenteil verkehren.

Die Vollversammlung verweist darauf, dass das aus den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation bestehende Quartett der internationalen Gemeinschaft „Einen ergebnisorientierten ‚Fahrplan‘ für eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts“ vorgelegt und diesen Bemühungen damit eine internationale Legitimation verschafft hat. Die Vollversammlung betrachtet diesen Vorschlag als kostbare Gelegenheit, Wege zu finden, wie die zahlreichen Konfliktpunkte zwischen Israelis und PalästinenserInnen beigelegt werden können, denn der Friedensfahrplan zielt darauf ab, die militärische Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ostjerusalems zu beenden, der Spirale der Gewalt ein Ende zu setzen, eine Zweistaatenlösung herbeizuführen und bis 2005 einen Staat Palästina zu schaffen. Die Vollversammlung unterstützt Anstrengungen wie diese, die auf die Einrichtung zweier lebensfähiger, unabhängiger, benachbarter Staaten abzielen, die in Gerechtigkeit, Frieden, Gleichheit und Gleichberechtigung Seite an Seite leben und Jerusalem miteinander teilen. Die Vollversammlung ruft die Konfliktparteien auf, diese Fragen wie auch die Frage der israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet, des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr, der gerechten Verteilung der Wasservorkommen und der religiösen Freiheit für alle anzugehen. Die Vollversammlung fordert ein Ende des Baus der Mauer, die errichtet wird, um beide Staaten voneinander zu trennen, in Wirklichkeit aber palästinensische Städte voneinander trennen und die Menschen in ihren Städten und Dörfern einschließen wird. Die Vollversammlung bekräftigt, dass, wenn eine Lösung für die Ursachen dieses Problems gefunden wird, die Befreiung Palästinas Wirklichkeit werden und Israel in Sicherheit leben kann. Sie ruft Israel, Palästina, die Initiatoren und die internationale Gemeinschaft auf, den Friedensfahrplan in klaren Schritten umzusetzen.

Die Vollversammlung dankt all jenen Menschen in den Mitgliedskirchen, die die Dienste und Einrichtungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien (ELKJ), wie z. B. ihre Schulen, andere Bildungs- und soziale Einrichtungen, ihre Gemeinden und ihre Versöhnungsarbeit, unterstützt und es ihnen dadurch ermöglicht haben, ihre lebenswichtige

Arbeit fortzusetzen. Die Vollversammlung ruft die Mitgliedskirchen auf, die Anstrengungen der ELKJ im interreligiösen Dialog, der für die Schaffung eines gerechten Friedens und für die Heilung des Konflikts unerlässlich ist, aktiv zu unterstützen. Angesichts der Emigration palästinensischer ChristInnen, die ihr Land aufgrund der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage verlassen, würdigt die Vollversammlung das Engagement der ELKJ, die Ausbildungs- und Wohnungsprogramme an der Basis anbietet, um es palästinensischen ChristInnen zu ermöglichen, in ihrem Land zu bleiben.

Die Vollversammlung würdigt weiterhin die weltweite Unterstützung des Auguste Victoria-Krankenhauses und bestärkt den Rat und die Mitgliedskirchen in ihren Bemühungen um eine zufrieden stellende Lösung der gegenwärtigen gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Lutherischen Weltbund und der israelischen Regierung über die steuerliche Behandlung des LWB in Ostjerusalem. Auf dem Spiel steht hier nicht weniger als das Zeugnis aller Kirchen in Jerusalem. Die Vollversammlung unterstützt umfassende Verhandlungen zwischen dem LWB und dem Staat Israel sowie zwischen dem LWB und dem Staat Palästina, um Garantien für die Rechte der LutheranerInnen (und damit auch anderer ChristInnen) in Israel und Palästina zu erhalten.

Die Vollversammlung unterstützt das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) und andere Bemühungen der Mitgliedskirchen um aktive Solidarität mit PalästinenserInnen und Israelis, die für den Frieden und eine Beendigung der unrechtmässigen Besetzung eintreten. Die Vollversammlung ermutigt die Mitgliedskirchen, das Begleitprogramm zu unterstützen, indem sie über EAPPI informieren, Menschen als ökumenische Begleitpersonen anwerben und all diejenigen in ihr Gebet einschliessen, die in dem Programm mitarbeiten.

Öffentliche Erklärung zum Ausschluss von VollversammlungsteilnehmerInnen

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Öffentliche Erklärung zum Ausschluss von VollversammlungsteilnehmerInnen anzunehmen.

Es folgt der von der Vollversammlung angenommene Wortlaut der Öffentlichen Erklärung:

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG ZUM AUSSCHLUSS VON VOLLVERSAMMLUNGSTEILNEHMERINNEN

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Zehnten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, die vom 21. bis 31. Juli 2003 in Winnipeg (Kanada) stattgefunden hat, haben die herzliche Aufnahme und Gastfreundschaft der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada, der Behörden dieser Stadt und Provinz und vieler KanadierInnen genossen. Wir bedauern zutiefst, dass so viele der erwarteten TeilnehmerInnen an dieser Versammlung der weltweiten lutherischen Familie von dieser Aufnahme und Gastfreundschaft ausgeschlossen waren, weil sie keine Visa erhalten haben.

Einer beispiellos grossen Zahl von TeilnehmerInnen – ca. 50 Personen aus 13 verschiedenen Ländern (alle in Afrika und Asien) – wurde das Einreisevisum nach Kanada entweder

verweigert oder nicht ausgestellt. Unter denjenigen, die aus diesem Grund von der Teilnahme ausgeschlossen waren, waren unverhältnismässig viele Frauen, Jugendliche sowie indische Dalits und Stammesangehörige. Wir haben nicht nur die Gesichter und Stimmen dieser Schwestern und Brüder in Christus vermisst; sie sind auch daran gehindert worden, die ihnen zugewiesene Aufgabe der Vertretung ihrer Kirchen bei der Ausarbeitung der Richtlinien für die Arbeit des LWB in den nächsten sechs Jahren zu erfüllen.

Darüber hinaus hat eine Reihe von TeilnehmerInnen, die am Besuchsprogramm vor und nach der Vollversammlung in den Vereinigten Staaten von Amerika teilnehmen sollten, keine Visa bekommen, so dass es ihnen nicht möglich war, die Schwesterkirchen in den USA zu besuchen.

Zwar konnten diese Umstände unsere Gemeinschaft in Christus nicht schwächen, aber sie haben uns in unserem Bemühen behindert, diese Gemeinschaft in einer Vollversammlung, die sich unter dem Thema „Zur Heilung der Welt“ versammelt hat, zu praktizieren und zu erleben. Die Wahl dieses Themas hat sich als prophetische Entscheidung erwiesen. Die Erfahrung des Ausgeschlossenseins, die einige Delegierte bei dem Versuch gemacht haben, für diese Versammlung ein Visum zu bekommen, ist nur eines der teils viel gewichtigeren Symptome der zunehmenden Tendenz zur Ausgrenzung und zum Isolationismus in unserer heutigen Welt. Es hat uns geholfen, diese Realität zu verstehen und als Gemeinschaft von Kirchen darauf zu reagieren.

Besonders traurig macht es uns, dass diejenigen, die von dieser Versammlung ausgeschlossen worden sind, ausnahmslos aus Ländern des Südens – einschliesslich einiger der ärmsten Länder – kommen und dass insbesondere Frauen, Jugendliche und Angehörige indigener und marginalisierter Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Gleichnishaft wird hier die vielfach zunehmende Ausgrenzung eben dieser Gruppen von Menschen aus der globalen Gemeinschaft und dem globalen „Markt“ veranschaulicht.

Wir sind zutiefst empört über Stellungnahmen, die den kanadischen Bundesbehörden zugeschrieben werden, nach denen unter den Abgewiesenen „Personen (sind), die des Mordes verdächtigt werden, Kirchengelder unterschlagen und andere Verbrechen begangen haben“. Solche Behauptungen diffamieren all diejenigen, die kein Visum erhalten haben – einschliesslich einer Reihe von Bischöfen und anderer leitender KirchenvertreterInnen – und sind typisch für die Schaffung von Feindbildern, die in unseren Gesellschaften und in unserer Welt häufig dazu dienen, die „Anderen“ auszuschliessen.

Wir suchen mit der kanadischen Regierung und mit all unseren Regierungen und anderen Behörden den Dialog über diese umfassenden Fragen. Im Gebet bitten wir darum, das wir durch einen solchen Dialog Werkzeuge Christi „zur Heilung der Welt“ werden können.

(Anmerkung: Der Nationalbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada sandte am 25. Juli 2003 einen Brief in dieser Angelegenheit an den kanadischen Minister für Staatsbürgerschaft und Einwanderung.)

Sonstige Beschlüsse

Botschaft der indigenen Völker

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Botschaft der indigenen Völker entgegenzunehmen.

Text der Botschaft der indigenen Völker
(vorgelegt von der Gruppensitzung der VertreterInnen indigener Völker):

Im Verlauf dieser Zehnten Vollversammlung haben wir, die Vertreterinnen und Vertreter indigener Völker, einschliesslich der Stammesvölker und Dalits, zum ersten Mal in der Geschichte des LWB gemeinsame Sitzungen abgehalten. Wir haben, solidarisch miteinander und mit allen indigenen Völkern dieser Welt, über unsere Anliegen gesprochen und bekräftigt, dass wir gemeinsamen Problemen gemeinsam begegnen müssen.

Wir betrachten es als Ehre, dass wir auf dem traditionellen Land der Cree, der Ojibwa und der Assiniboine zusammengekommen sind, und wollen unsere Solidarität mit ihnen wie auch mit allen First Nations und Inuit in Kanada zum Ausdruck bringen. Wir sind uns bewusst, dass viele der Grundrechte der indigenen Völker in Kanada – wie auch in anderen Teilen der Welt – innerstaatlich immer noch nicht umgesetzt worden sind.

Gemäss der Untersuchung der Royal Commission on Aboriginal Peoples aus dem Jahr 1996 resultiert der körperliche und spirituelle Niedergang der indigenen Völker Kanadas aus einer Haltung der Bundesregierung, die diesen Völkern ihre Rechte vorenthält und sie ihres traditionell angestammten Landes beraubt.

Die indigene Bevölkerung Kanadas ist mit einer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Krise konfrontiert. Sie leidet unter Armut, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, fehlendem Zugang zu Trinkwasser und gesunder Nahrung. Unter den First Nations gibt es zudem mehr Gewalt in der Familie, einen unverhältnismässig hohen Anteil an Krankheiten und psychischen Beschwerden, mehr Alkoholismus und Drogenmissbrauch, den Verlust von Identität und traditionellen Werten. Auch in den Gefängnissen sind Indigene überproportional vertreten. Obwohl sie nur 4 Prozent der Bevölkerung ausmachen, liegt ihr Anteil bei den Häftlingen in den nationalen Gefängnissen Kanadas bei 17 Prozent. Die Selbstmordrate von Jugendlichen ist sechsmal höher als der kanadische Durchschnitt und gehört zu den höchsten weltweit. Die Arbeitslosigkeit liegt bei den First Nations im Durchschnitt zwei- bis dreimal so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung Kanadas. Indigene leben in Kanada sechzehnmal häufiger als ihre übrigen Landsleute in zu kleinen und häufig mangelhaften Wohnungen.

Viele Probleme der indigenen Völker können nur gelöst werden, wenn die übrigen Mitglieder der kanadischen Gesellschaft zu Kompromissen bereit sind und ihnen ihr Land und ihre Ressourcen zurückgeben.

Die indigenen Völker stellen weltweit keine kleine Gruppe dar. Wir sind mehr als 300.000.000 Menschen, die von den ca. 6.000 Sprachen der Welt 4.000 bis 5.000 sprechen.¹ Wir, die indigenen Völker, haben daher wesentlichen Anteil an der kulturellen Vielfalt der Menschheitsfamilie. Zugleich gehören wir zu den am stärksten gefährdeten Kulturen der Welt und in den meisten Fällen auch zu den ärmsten, am stärksten ausgegrenzten und diskriminierten Bevölkerungsgruppen.

Es ist daher dringend geboten, die Grundrechte der indigenen Völker in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und internationalen Normen anzuerkennen und zu unterstützen. Landrechte sind für das Überleben indigener Völker und ihrer Kulturen sowie für ihr Recht auf Selbstbestimmung von entscheidender Bedeutung.

Wir glauben, dass unsere Völker bereits vor der Ankunft der Missionare und Missionarinnen ihre Geschichte mit dem Schöpfer lebten. Das Vierte Gebot verlangt von uns, unsere Väter und Mütter zu ehren, und wir glauben, dass wir das tun, indem wir unser kulturelles Erbe ehren und uns nicht von ihm abwenden. Wir fordern daher das Recht, all das, was in unseren Kulturen und unserer Spiritualität gut und segensreich ist, bewahren zu dürfen, und wir gestehen Ihnen das gleiche Recht zu.

Obwohl indigene Völker vielerorts bereits Mitgliedskirchen des LWB angehören, haben unsere Kirchen ihnen, historisch gesehen, kein Mitspracherecht in ihrer Theologie und ihren Entscheidungsprozessen gewährt und ihre Kultur blieb unberücksichtigt. Wir fordern den LWB und alle seine Mitgliedskirchen auf, sich gemeinsam mit uns auf den Weg der Heilung zu machen. Wir bitten Sie, unseren Lebensgeschichten mit Respekt zuzuhören und uns in unseren Mitgliedskirchen als gleichberechtigte Partner und Partnerinnen zu behandeln.

Wir empfehlen der Vollversammlung mit Nachdruck, die Beiträge und Empfehlungen im Zusammenhang mit indigenen Völkern, die in der Botschaft und den Resolutionen der Vollversammlung enthalten sind, zu unterstützen.

— Gruppe der VertreterInnen indigener Völker, LWB-Vollversammlung, Winnipeg, 29.07.03

Vertretung von Frauen und Männern

Die Vollversammlung hat, gemäss der Empfehlung des Nominierungsausschusses,

BESCHLOSSEN: **den neuen Rat aufzufordern, den Grundsatz einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern eindeutig zu formulieren, um für zukünftige Vollversammlungen ein gemeinsames Verständnis in allen Regionen sicherzustellen.**

Regionale Unterteilung Europas

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: den Rat aufzufordern, die gegenwärtige regionale Unterteilung Europas zu überprüfen.

Jugendbeteiligung

Eingedenk der von der Achten Vollversammlung angenommenen Empfehlung hat die Zehnte Vollversammlung

BESCHLOSSEN: bei den Mitgliedskirchen nachdrücklich darauf zu drängen, dass sie ihre Verpflichtung bekräftigen, bei zukünftigen Vollversammlungen eine Jugendbeteiligung von 20 Prozent zu gewährleisten und in die Praxis umzusetzen, und die Mitgliedskirchen dringend aufzufordern, bei zukünftigen Vollversammlungen dafür zu sorgen, dass zu den Delegationen ihrer Region nicht weniger als jeweils 40 Prozent männliche und 40 Prozent weibliche JugendvertreterInnen gehören.

Beteiligung der Jugend am Gottesdienst und an Prozessen der Entscheidungsfindung

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: alle Mitgliedskirchen dringend aufzufordern, die Beteiligung der Jugend am Gottesdienst und an Prozessen der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen zu fördern.

Berichte der Dorfgruppen

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: den Generalsekretär aufzufordern, den Mitgliedern des neuen Rates die vollständigen Berichte der Dorfgruppen in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen.

Prioritäten

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: den Rat aufzufordern, sobald wie möglich Prioritäten zu setzen.

Elfte Vollversammlung

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: den Rat bzw. das Exekutivkomitee aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, dass die nächste Vollversammlung so organisiert wird, dass sie Prioritäten für die inhaltliche Ausrichtung der künftigen Arbeit des LWB setzen kann.

Verpflichtungen der Zehnten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes

Die Vollversammlung hat

BESCHLOSSEN: die Botschaft und die Verpflichtungen der Zehnten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes anzunehmen.

Anmerkung

¹ Nach Angaben des Vorsitzenden des Ständigen Forums für Indigene Fragen (Vereinte Nationen), Ole Henrik Magga, in: „Indigenous Peoples’ Needs – Challenges for the Church“, Ansprache vor der Konferenz Europäischer Kirchen, Trondheim, Norwegen, Juni 2003.